



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Schweizerischer Wissenschafts- und Technologierat
Conseil Suisse de la Science et de la Technologie
Consiglio Svizzero della Scienza e della Tecnologia
Swiss Science and Technology Council

Fördern, Fordern und Verstehen:

Für eine zukunftsweisende Studierendenpolitik

Fördern, Fordern
und Verstehen:

Für eine
zukunftsweisende
Studierendenpolitik

Der Schweizerische Wissenschafts- und Technologierat dankt

Marc-André Berclaz, Président des comités directeurs HES-SO

Richard Bühler, Direktionspräsident FHNW

Laurence Boegli, Sektion Bildungssysteme BFS

Noëmi Chappuis, Evaluation CEST

Mauro Dell'Ambrogio, Direttore SUPSI

Ernst Flammer, Leitung Ressort Allgemeine Bildung SBF

Tobias Fritschi, Wissenschaftlicher Mitarbeiter BASS

Nils Heuberger, Projektstelle Stipendien EDK

Markus Hodel, Direktor FHZ

André Hurst, Recteur Université de Genève

Urs Kiener, Kiener Sozialforschung

Cornelius Niemeyer, Vizpräsident VSH

Nathalie Pichard, déléguée à la formation EPFL

Dietmar Plath, Vorstand VSH

Markus Ries, Rektor Universität Luzern

Charles Stirnimann, Präsident IKSK

Christian Simon, Evaluation CEST

Martin Teichgräber, Sektion Bildungssysteme BFS

Hans-Kaspar von Matt, Generalsekretariat KFK

Kurt Wechsler, Nachwuchsförderung – Weiterbildung CRUS

Fritz Wüthrich, Generalsekretariat EDK

Johanna Ziberi, Generalsekretariat CRUS

für wertvolle Anregungen und Mitarbeit an diesem Dokument.

1	Einleitung	/7
2	Empfehlungen des SWTR für die Studierendenpolitik	/11
2.1	Fördern und Fordern	/11
2.2	Für ein Verstehen der <i>condition estudiantine</i>	/13
3	Studierendenförderung im tertiären Bildungssektor	/17
3.1	Aktuelle Situation der Studierendenförderung in der Schweiz	/18
	Defizite	/19
	Herausforderungen	/23
4	Datenlage zur <i>condition estudiantine</i>	/25
4.1	Nationale Sozialerhebung: Die soziale Lage der Studierenden in der Schweiz	/26
4.2	CEST: Grundlagen für ausgewählte Hochschulthemen	/27
4.3	Internationales Forschungsprojekt: <i>Eurostudent</i>	/28
	Bibliographie	/31
	Abkürzungen	/35
	Impressum	/38

Dem offiziellen Bekenntnis der schweizerischen Politik zur Stärkung der Bereiche Bildung und Forschung sollen Taten folgen! Die laufende Bologna-reform macht eine Verbesserung der bestehenden Rahmenbedingungen für ein Studium in der Schweiz unabdingbar.

Der akademische Nachwuchs ist für die Wissensgesellschaft Schweiz von zentraler Bedeutung. Die Gesellschaft braucht wissenschaftlich qualifizierte junge Erwachsene. Aber auch die Spitzenforschung ist auf exzellente junge Forscher angewiesen. Beides fordert eine systematische Förderung von Begabung und Talent sowie die Gewährleistung eines offenen Bildungszugangs zu einem durchlässigen und transparenten Bildungssystem.

In den letzten Jahren hat sich der SWTR vor allem der Nachwuchsförderung im Bereich der Forschung gewidmet und setzte sich für die Etablierung von einheitlichen und fairen Förderstrukturen ein.¹ Mit dem vorliegenden Papier möchte der SWTR seine diesbezüglichen Anliegen auf den Bereich der Lehre, konkret auf die Bachelor- und Masterausbildung, ausweiten.

In Anbetracht des potenziellen Beitrags der tertiären Bildung zur Wissensgesellschaft werden die Forderungen nach höheren Investitionen im Hochschulbereich sowohl von akademischer als auch von politischer Seite immer stärker hörbar. Die Wissensgesellschaft Schweiz braucht Akademiker! In der Schweiz sind aber – so zeigt der internationale Vergleich² – die Studierendenzahlen verhältnismässig tief (siehe Abb. I auf Seite 9). BildungsexpertInnen stellen zudem besorgt fest, dass sowohl sozio-ökonomische wie auch regionale Hemmnisse die Entfaltung vorhandener Talente einschränken. Vor diesem Hintergrund muss der Kommentar der OECD zur Situation der Studierendenförderung in der Schweiz ernsthaft Besorgnis erregen: «Unter Nichtberücksichtigung der sehr kleinen Beistandssysteme einiger südeuropäischer Länder ist der Anteil der schweizerischen Studierenden, die bedarfsorientierte Stipendien und Beihilfen beziehen, im europäischen Vergleich gering. Die Schweiz kann definitiv nicht als ein Land gelten, das finanzielle Unterstützung als Mittel zur Überwindung sozialer Ungerechtigkeiten einsetzt.»³

1 SWTR 2001: Förderung des akademischen Nachwuchses an Schweizer Hochschulen.

2 2002 liegt die Schweiz – gemäss einer OECD-Statistik - mit ihrer Hochschuleintrittsquote von 34.8% deutlich unter dem Ländermittel, welches 50.6% beträgt. Solche internationale Vergleichswerte sind sicherlich mit Vorbehalt zu geniessen, da bekanntlich regionale und nationale Eigenheiten zu Datenverzerrungen führen können. Als Indikatoren von Entwicklungstendenzen büssen sie aber nicht an Aussagekraft ein. (Quelle: BFS 2005: Hochschulindikatoren.)

3 OECD 2003: Die tertiäre Bildung in der Schweiz. Examen der nationalen Bildungspolitik. S. 140.

In dem Zusammenhang sind auch die Resultate der jüngst veröffentlichten BFS-Studie zur sozialen Lage der Studierenden in der Schweiz⁴ sehr ernst zu nehmen. Die Studie zeigt, dass weit mehr Studierende, als gemeinhin angenommen, einer regelmässigen Erwerbstätigkeit nachgehen bzw. nachgehen müssen. Studiumsbegleitende Teilzeitbeschäftigung ist nicht per se schlecht. Sie stärkt soziale und gesellschaftliche Kompetenzen, vergrössert die späteren Chancen auf dem Arbeitsmarkt und wirkt als Ausgleich zum Studium stimulierend. In diesem Sinne ist auch der Bundesgerichtsentscheid vom 11. Oktober 2005 zu interpretieren: Das Bundesgericht hat entschieden, dass rund 20 Prozent Nebenerwerbstätigkeit für einen Studierenden zumutbar seien.⁵

Wie jedoch die Resultate der besagten BFS-Statistik zeigen, entspricht die durchaus sinnvolle Nebenerwerbstätigkeit von Studierenden in der Schweiz nicht mehr nur einer Teilzeitbeschäftigung im geringen Ausmass. Die zunehmende Bedeutung der Erwerbstätigkeit für Studierende bleibt nicht ohne Konsequenz: Sie bedingt – nebst anderen Faktoren – (ab-)gebrochene bzw. verlängerte Studienverläufe und mangelhafte Studienerfolge. Diese Entwicklungen verteuern das Bildungssystem, liegen quer zur Bolognareform und verringern die Chancengleichheit im Bildungszugang. Ein derart fahrlässiger Umgang mit einer kostbaren Ressource steht eindeutig im Widerspruch zum Postulat der Wissensgesellschaft.

/8

Die Schweiz sollte deshalb ein Stipendienwesen etablieren, welches auf die Bedürfnisse der Wissensgesellschaft ausgerichtet ist. Die seit Jahren geforderten Reformen müssen nun umgesetzt werden. Es ist verständlich, dass Bildungsexperten, Studierendenvertreter und auch die breite Öffentlichkeit sich kritisch über die langsamen und kaum spürbaren Reformen in diesem Bereich äussern. Seit Jahren kennt man die Probleme und doch sind noch keine erfolgversprechenden Neuerungen sichtbar.

Mit der vorliegenden Schrift möchte der SWTR zur Auflösung dieses Reformstaus beitragen. Dem offiziellen Bekenntnis der schweizerischen Politik zur Stärkung der Bereiche Bildung und Forschung⁶ sollen Taten folgen! Beste Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches Studium müssen Ziel einer jeden Studierendenpolitik bzw. Hochschulpolitik sein.

Damit die Bedürfnisse und die Situation der Studierenden vermehrt als Orientierungsgrössen der schweizerischen Hochschulpolitik dienen können, stellt der SWTR in der vorliegenden Schrift für die Verbesserung der Datenlage zur *condition estudiantine* das Instrument eines Monitorings der Situation der Studierenden zur Diskussion. Ein zukunftsgerichtetes Hochschulwesen muss im Stande sein, – sowohl organisatorisch als auch finanziell – den mittlerweile vielfältigen und etappierten Laufbahnen der Bildungsinteressierten Rechnung zu tragen.

4 Die Studie zeigt, dass 77 Prozent der Studierenden parallel zu ihren Studien einer Erwerbstätigkeit nachgegangen sind. Darunter waren 83 Prozent auch während des Semesters erwerbstätig. Von diesen arbeitete wiederum jede zweite Person regelmässig. (Boegli, Laurence und Martin Teichgräber 2005: Soziale Lage der Studierenden in der Schweiz 2005.)

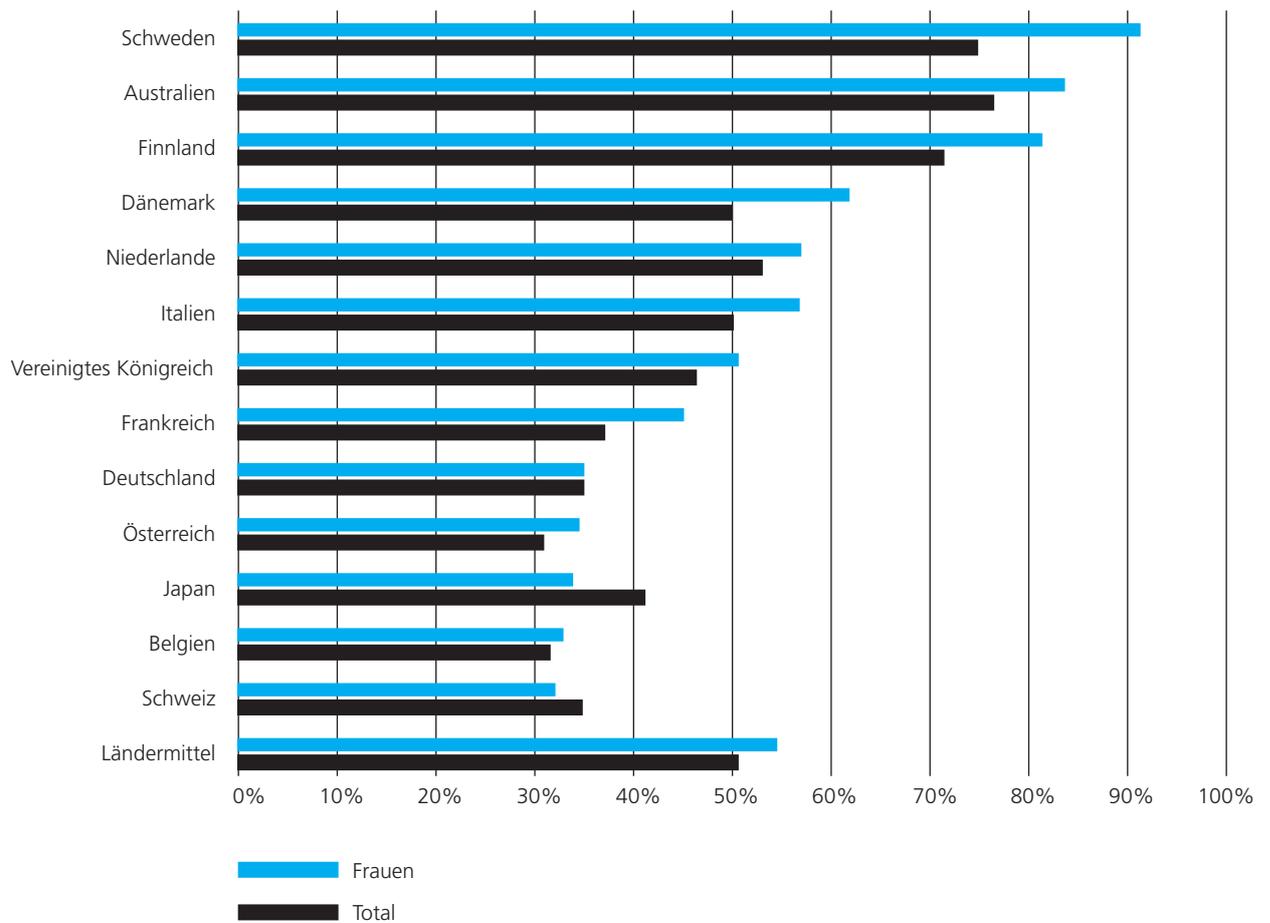
5 Bundesgerichtsurteil 5C.150/2005 (keine BGE-Publikation): Zu beurteilen war am Bundesgericht in Lausanne der Fall einer Studierenden, der das Aargauer Obergericht zugemutet hatte, neben dem Studium bei einem Stundenlohn von 20 Franken und einer wöchentlichen Belastung von zehneinhalb Stunden ein Monatseinkommen von 700 Franken zu erzielen.

6 Bundesrat 2005: Ziele des Bundesrates für 2006.

Abb. I: Hochschuleintrittsquote

Eintrittsquoten ISCED 5A nach Geschlecht, 2002

Summe der Netto-Eintrittsquoten



Quelle: BFS 2005: Hochschulindikatoren

Die staatliche Studienfinanzierung leistet einen wichtigen Beitrag zu einem breiten und gerechten Bildungszugang. Mehr Mittel für die staatlichen Ausbildungsbeiträge und eine gerechtere Verteilung dieser sind grundlegende Pfeiler eines Stipendien-systems, welches sich an den Bedürfnissen der Wissensgesellschaft Schweiz orientiert.

Spitzenleistungen müssen bereits auf Bachelor- und auf Masterstufe systematisch gefördert werden.

2 Empfehlungen des SWTR für die Studierendenpolitik

/11

Die Grundlagen für die nachstehenden Empfehlungen werden in den Kapiteln 3 «Studierendenförderung im tertiären Bildungssektor» und 4 «Datenlage zur *condition estudiantine*» entfaltet. Sie stützen sich sowohl auf eine breit angelegte Konsultation wichtiger wissenschaftspolitischer und akademischer Akteure (BFS, CEST, CRUS, EDK, IKSK, KFH, SBF, VSS, VSH), wie auch auf international⁷ anerkannte Empfehlungen.⁸

2.1 Fördern und Fordern

Die Schweiz benötigt mehr akademischen Nachwuchs! Das Instrument der staatlichen Studienfinanzierung hat zum Ziel, finanziell schwächer gestellten Studierenden ein Studium zu ermöglichen und leistet somit einen wichtigen Beitrag zu einem erhöhten und gerechten Bildungszugang. Gleichzeitig müssen Spitzenleistungen – ungeachtet der individuellen sozio-ökonomischen Situationen – bereits auf Bachelor- und auf Masterstufe systematisch gefördert werden.

Erhöhung der finanziellen Mittel für staatliche Ausbildungsbeiträge

Kantone und Bund müssen garantieren, dass mehr finanzielle Mittel für Ausbildungsbeiträge im tertiären Bildungssektor bereitgestellt werden. Es ist durchaus denkbar, dass ein Teil dieser Leistungen auch von Privaten (Stiftungen, Bildungs-

7 Beispiele hierfür sind: OECD 2003: Die tertiäre Bildung in der Schweiz. Examen der nationalen Bildungspolitik.; Bologna Follow-up Seminar 2003: «Exploring the Social Dimensions of the European Higher Education Area». General Report, Conclusion.; Schnitzer, Klaus 2003: Die soziale Dimension im europäischen Hochschulraum.

8 Ferner knüpfen die Empfehlungen an frühere Vorschläge des Schweizerischen Wissenschaftsrates (SWR) an. 1995 veröffentlichte der SWR eine Schrift zu Sozialerhebungen bei Studierenden. (Kiener Urs, 1995: Sozialerhebungen bei Studierenden. Eine Studie zum Forschungsstand in der Schweiz im Vergleich zum europäischen Ausland.) Der SWR schlug vor, einerseits Sozialerhebungen in der Schweiz an den koordinierten europäischen Erhebungen zu orientieren und andererseits die Sozialerhebungen bei Studierenden künftig stärker an der internationalen Hochschulforschung bzw. der sozialwissenschaftlichen Theoriediskussion über die Hochschulen auszurichten. In seiner Publikation von 1996 zur Hochschulfinanzierung analysierte der SWR die damals aktuelle Diskussion zur stärkeren finanziellen Beteiligung der Studierenden und plädierte dafür, dass die Debatte um die Hochschulfinanzierung von der vorherrschenden wirtschaftlichen Perspektive gelöst werde und das Thema mehr in einen gesellschaftspolitischen Rahmen gestellt werden solle. (Michel, Christine 1996: «Neue Vorschläge zur Hochschulfinanzierung: Umverteilung zu Lasten der Studierenden oder wo bleibt die Stipendienpolitik?»)

fonds etc.) übernommen werden. Insbesondere im Bereich der Eliteförderung wäre die verstärkte Beteiligung von privater Seite wünschenswert.

Etablierung eines gesamtschweizerischen kohärenten Systems von Ausbildungsbeiträgen und Studiengebühren

Für die Harmonisierung der kantonalen Bestimmungen im Bereich der Ausbildungsbeiträge bietet die Ausführungsgesetzgebung für Ausbildungsbeiträge im Rahmen des Neuen Finanzausgleiches eine gute Ausgangslage. Auf lange Sicht geben die neue Bildungsverfassung und auch das neue Hochschulrahmengesetz die nötige Grundlage für die gesetzliche Verankerung eines gesamtschweizerischen Systems von Studiengebühren und Ausbildungsbeiträgen. Bei der Umsetzung sollten folgende Leitprinzipien beachtet werden:

- / Stipendienharmonisierung: Für alle Studierenden sollen die gleichen Rahmenbedingungen gelten;
- / Mobilitätsförderung: Mobilität soll weder durch finanzielle noch durch strukturelle Hürden eingeschränkt werden;
- / Anreiz zur Teilzeitbeschäftigung im moderaten Umfang: eine moderate Teilzeitbeschäftigung ist durchaus positiv zu bewerten und soll durch ein Ausbildungsfinanzierungssystem nicht unnötig behindert werden;
- / Sinnvolle Anpassung der Alterslimite;
- / Kontinuierliche Wirkungsprüfung des Systems;
- / Koordination zwischen Studiengebühren und den Instrumenten der Ausbildungsfinanzierung.

/12

Moratorium für die Erhöhung von Studiengebühren

Es ist nicht der richtige Zeitpunkt für die Erhöhung von Studiengebühren in der Schweiz. Das tertiäre Bildungssystem befindet sich im Umbruch. Eine zuverlässige Einschätzung der Konsequenzen einer zusätzlichen finanziellen Belastung der Studierenden kann zurzeit nicht vorgenommen werden. Das Ausbildungsfinanzierungssystem steht bereits heute massiv unter Druck (Bolognareform, eingeschränkte Studien- und Studienortwahl, ungleicher Bildungszugang, Hochschulfinanzierung). Dieses wäre kaum in der Lage, die negativen Auswirkungen auf den Bildungszugang, die erhöhte Studiengebühren bewirken würden, abzufedern.

Falls in naher Zukunft trotzdem der politische Entscheid fallen sollte, erhöhte Studiengebühren einzuführen, dann muss die Koordination zwischen Studiengebühren und der Ausbildungsfinanzierung gewährleistet sein: Erhöhte Studiengebühren dürfen sich nicht negativ auf den Bildungszugang auswirken. Ausserdem wäre sicherzustellen, dass Mehreinnahmen, welche durch erhöhte Studiengebühren generiert würden, ausschliesslich in der Qualitätsverbesserung der Lehre oder in der Studierendenförderung ihre Verwendung fänden.

Erarbeitung und Umsetzung eines gesamtschweizerischen Förderprogramms für vielversprechende Studierende

Die soziale und wirtschaftliche Zukunft der Schweiz hängt in grossem Masse von der Qualität ab, mit der in Wirtschaft, Politik, Forschung und Industrie gearbeitet wird. Es ist also unabdingbar, dass vielversprechende Studierende über ein gesamtschweizerisches Förderprogramm gefördert werden. Die systematische Förderung

von talentierten und ambitionierten Studierenden soll ebenso von privater Seite wie auch vom Staat getragen werden.

Ein solches Förderprogramm muss sowohl strukturelle wie auch finanzielle Aspekte berücksichtigen. Einerseits sind universitäre Strukturen zu schaffen, die den Studierenden die Möglichkeit bieten, bereits auf Bachelor- und Masterstufe interdisziplinär bzw. transdisziplinär zu arbeiten und frühzeitig in die Spitzenforschung eingebunden zu werden. Der Zweck dieser Massnahmen ist eine fachliche und persönlichkeitsbildende Förderung.

Andererseits müssen finanzielle Förderinstrumente konzipiert werden, die es Studierenden mit ausserordentlichen Leistungen ermöglichen, sich hauptsächlich den akademischen Tätigkeiten zu widmen. Ein denkbare Förderinstrument wären beispielsweise Studienkredite aus privaten Bildungsfonds wie sie in Deutschland vergeben werden: Die Selektion orientiert sich an Leistungskriterien. Nur Studierende mit guten Resultaten und vielversprechenden (akademischen) Berufsperspektiven erhalten Geld. Der finanzielle Zuschuss ermöglicht den Studierenden, sich vollzeitig ihrem Studium zu widmen. Die Höhe der Rückzahlung hängt – im Gegensatz zum klassischen Darlehen – vom Verdienst der AbsolventInnen ab.

/13

2.2 Für ein Verstehen der *condition estudiantine*

Für die gezielte und effiziente Förderung des akademischen Nachwuchses ist eine gute Datenlage zu allen Aspekten des tertiären Bildungssystems notwendige Voraussetzung!

Durchführung einer gesamtschweizerischen und periodischen Erhebung der sozio-ökonomischen Situation der Studierenden

Der SWTR spricht sich für eine gesamtschweizerische und periodische Erhebung der sozio-ökonomischen Situation der Studierenden in der Schweiz aus.

Angesichts der bereits vorliegenden Resultate der BFS-Studie «Soziale Lage der Studierenden in der Schweiz 2005» ist es wünschenswert, dass das BFS auch künftig diese Erhebungen durchführt. Die Resultate entsprechen den qualitativen Anforderungen, die an eine solche Sozialerhebung zu stellen sind. Aber auch organisatorische und institutionelle Argumente sprechen für die Projektführung beim BFS:

- / Die Projektleitung hat den Kontakt mit den einzelnen Hochschulen und den StudierendenvertreterInnen bereits hergestellt. Ganz im Sinne der universitären Autonomie haben die Hochschulen ihre Vertretung selber bestimmt.
- / Die Ergebnisse der laufenden Studie fliessen in das Hochschulindikatoren-system⁹ ein.
- / Bedingt durch die institutionelle Einbettung im BFS ist dem Projektteam der leichte Zugang zu Vergleichsdaten gewährt. (Beispielsweise: SHIS, Volkszählung, SAKE)
- / Kontakte zu den Koordinationseinheiten des *Eurostudent*¹⁰ legen die Basis für eine fruchtbare internationale Zusammenarbeit.

9 Das Hochschulindikatorensystem umfasst 25 Indikatoren die gemäss einer Input-Output-Logik quantitative und auch qualitative Informationen zu den Hochschulbereichen Lehre, Forschung und Dienstleistungen liefern. Siehe auch: Kapitel 4.1.

10 Der Eurostudent ist eine internationale, dezentrale Datenerhebung zur sozialen Lage der Studierenden in Europa. Siehe auch: Kapitel 4.3.

Schweizerische Beteiligung am Projekt «Eurostudent – soziale und ökonomische Bedingungen des studentischen Lebens in Europa»

Der SWTR spricht sich für die Teilnahme der Schweiz an der nächsten *Eurostudent*-Erhebung aus. Voraussichtlich wird diese im Jahr 2006 durchgeführt. Für die Schweiz bietet die Möglichkeit, sich an den *Eurostudent*-Erhebungen zu beteiligen und so die internationale Koordination bzw. Kooperation zu nutzen, eine interessante Perspektive für einen Vergleich ihrer Situation mit jener in den Nachbarländern. Die internationale Ausrichtung eines Datenmonitorings der Studierendensituation über den *Eurostudent* würde der Schweiz nach wie vor den Freiraum gewähren, die für sie wichtigen Fragen gesondert zu prüfen. Dies ist insofern bedeutsam, weil die Resultate des *Eurostudents* auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner der verschiedenen nationalen Erhebungssystemen basieren, was eine Einbusse der Aussagekraft und Tiefenschärfe der Ergebnisse zur Folge hat. So sind die Resultate des *Eurostudent* auf einem sehr allgemeinen Aussageniveau gehalten und werden den Anforderungen, die an ein nationales Monitoringverfahren gestellt werden, nicht vollumfänglich gerecht.

/14

Stärkung der Studierendenforschung in der Schweiz

Die gesamtschweizerische Studie zur sozialen Lage der Studierenden in der Schweiz ist ein wesentlicher Bestandteil eines Monitorings der Studierenden. Für ein umfassendes Monitoring sind aber weitere Informationen und Analysen notwendig. Die Frage der künftigen Bedeutung der Tertiärbildung in der Schweiz ist auch vom Standpunkt der Studierenden zu klären. Die Erwartungen, Motivationen und Einstellungen, mit denen die jungen Menschen ins Studium gehen, sind weitgehend unbekannt. Zusätzliche Forschungsprojekte sollten deshalb die Sichtweise der Studierenden ins Zentrum ihrer Betrachtung stellen. Folgende Fragen – um nur einzelne Beispiele zu nennen – bedürften einer systematischen Klärung:

- / Welche Faktoren sind für die Wahl des Studienfachs, allenfalls den Fachwechsel während des Studiums entscheidend?
- / In was für Situationen befinden sich Studierende beim Entscheid für oder gegen das Studium bzw. das Doktorat?
- / Lassen sich Studierwillige von überlaufenen Fächern durch Beratung oder andere Massnahmen für ein Studium in einem Fach motivieren, welches weniger überlaufen ist oder welches stärker den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedürfnissen entspricht?

Entwicklung eines sozialwissenschaftlichen Kompetenzzentrums für Bildungsforschung

Die Strategien und Handlungsorientierungen von Studierenden an unseren Universitäten und Fachhochschulen vervielfältigen sich ebenso wie ihre soziale Situation. Die *condition estudiantine* wird zunehmend zu einer unbekanntem Grösse. Gleichzeitig haben die Studierenden – als wichtige Akteure der Hochschullandschaft Schweiz – einen direkten Einfluss auf die Ergebnisse und konkreter auf das Gelingen der vielfältigen Reformvorhaben im Bereich der tertiären Bildung. Für die Diskussion der Schweiz von Morgen ist die Wissenschaftspolitik auf Erkenntnisse der Studierendenforschung angewiesen.

11 Zu nennen wären hier die CEST-Studien zu spezifischen hochschulpolitischen Themen (mehr dazu in Kapitel 3.2) oder auch universitätsinterne Studien zur spezifischen Situation der Studierenden an den eigenen Instituten/ Universitäten (z.B. «Etudiant 2001/2004», Universität Genf)

Der SWTR empfiehlt deshalb den Aufbau eines sozialwissenschaftlichen Kompetenzzentrums für Bildungsforschung im tertiären Bildungsbereich, das auch im Bereich der Studierendenforschung aktiv ist. Die bestehenden Bemühungen in diesem spezifischen, wissenschaftlichen Feld sollen weiter gefördert werden.¹¹ Ein gesamtschweizerisches Kompetenzzentrum für Bildungsforschung könnte die Aufgabe der Koordination übernehmen, den gesamtschweizerischen Studienbedarf diskutieren und die Anbindung an die sozialwissenschaftliche Theoriediskussion garantieren.

Für alle Studierenden müssen die selben Rahmenbedingungen gelten: Ein gesamtschweizerisches und kohärentes System von Ausbildungsbeiträgen soll die unterschiedlichen kantonalen Beitragssysteme ablösen.

3 Studierendeförderung im tertiären Bildungssektor

/17

Mit der finanziellen Unterstützung von Studierenden sollen sowohl soziale als auch wirtschaftliche Ziele erreicht werden. Zur Erreichung wirtschaftlicher Ziele wird auf die Förderung von vielversprechenden akademischen Nachwuchstalente für Wissenschaft, Wirtschaft und Industrie gesetzt. Die sozialen Ziele können unter dem Begriff Chancengleichheit zusammengefasst werden. In diesem Zusammenhang bedeutet Chancengleichheit gleichen Bildungszugang für alle, unabhängig vom sozio-ökonomischen Hintergrund des Einzelnen. Im Bildungssystem sollen für alle die gleichen Wettbewerbs- und Startbedingungen gelten.¹²

Der SWTR erachtet einen offenen Bildungszugang und die Eliteförderung nicht als widersprüchliche Postulate. Spitzenförderung bedingt nicht den Ausschluss der Breitenförderung. Herausragende Leistungen sind nur auf der Grundlage einer breit angelegten Grundbildung möglich. Ein entwicklungs-offenes und durchlässiges Bildungssystem lässt die Vereinigung dieser beiden Leitprinzipien zu und wird den Anforderungen einer Wissensgesellschaft gerecht. Der SWTR setzt sich aber für die klare Trennung der Förderinstrumente zur Erreichung dieser beiden Leitprinzipien ein.

12 Vgl. Lamprecht, Markus und Hanspeter Stamm 1996: Soziale Ungleichheit im Bildungswesen.

3.1 Aktuelle Situation der Studierendenförderung in der Schweiz

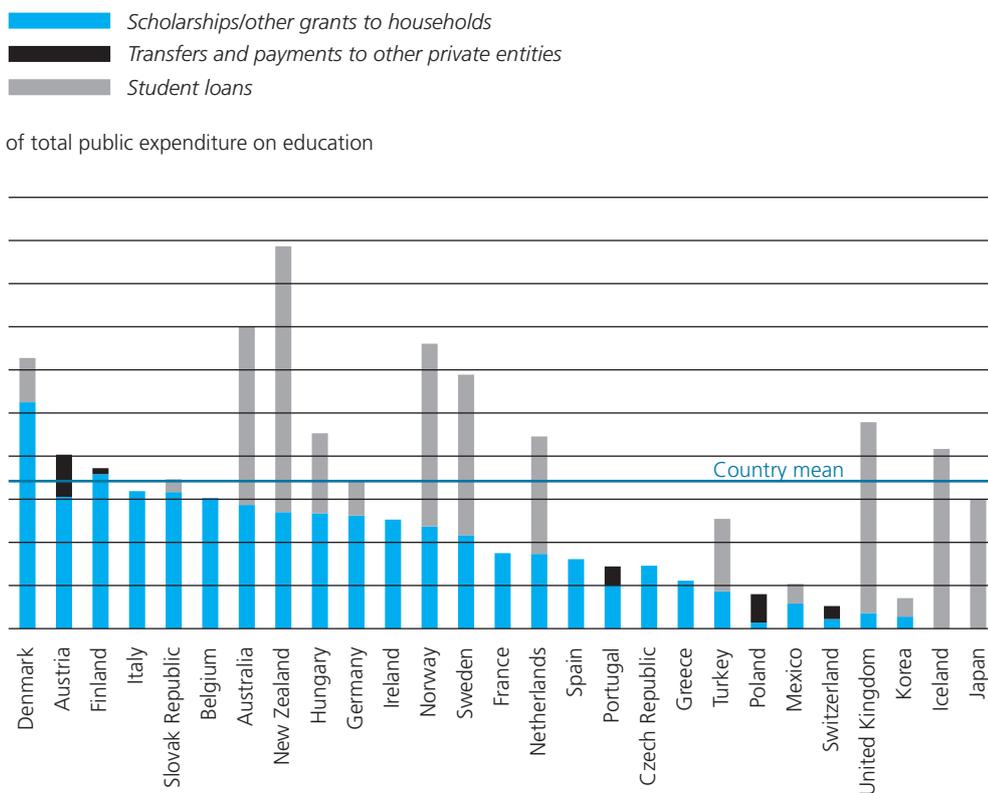
Als allgemeiner Grundsatz der staatlichen Ausbildungsbeiträge (Stipendien und Darlehen) gilt das Prinzip der Subsidiarität. Der Staat ist dem Studierenden nur dann finanziell behilflich, wenn dessen eigene Möglichkeiten ausgeschöpft oder zu gering sind. Auf der tertiären Bildungstufe ist die staatliche Ausbildungsfinanzierung eine Verbundaufgabe von Bund und Kantonen. Die Vergabe der Ausbildungsbeiträge ist den Kantonen vorbehalten. Auf Kantonsebene existieren 26 verschiedene Stipendienordnungen und Erlasse. Der Bund seinerseits gewährt den Kantonen Subventionsbeiträge an ihre Aufwendungen für Stipendien und Darlehen. Das heutige System der Ausbildungsbeiträge weist massive Defizite auf. Die materielle Harmonisierung der kantonalen Aufwendungen für Ausbildungsbeiträge und die Transparenz des gesamten Systems sind nicht gewährleistet. Zusätzlich setzen laufende Reformvorhaben im Hochschulbereich, finanzpolitische Sparmassnahmen und gesellschaftliche Veränderungen die staatliche Ausbildungsfinanzierung immer stärker unter Druck.

/18

Abb. II: Abbau auf tiefem Niveau

Chart B 5.1. Public subsidies for education in tertiary education (2002)

Public subsidies for education to households and other private entities as a percentage of total public expenditure on education, by type of subsidies.



Countries are ranked in descending order of the share of scholarships/other grants to households and transfers and payments to other private entities in total public expenditure on education. Quelle: OECD. (www.oecd.org/edu/eag2005).

Defizite

Leistungsabbau: In den letzten zehn Jahren war ein stetiger Abbau der staatlichen Ausbildungsbeiträge zu beobachten. Nach einem Höchststand von knapp 15% StipendienbezügerInnenanteil¹³ (gemessen am Studierendentotal) mit einem jährlichen durchschnittlichen Stipendienbetrag von über 8'000 Franken im Jahre 1994, lag 2003 der Anteil der Studierenden mit einem durchschnittlichen jährlichen Stipendium von rund 6'800 Franken noch bei 12.8%.¹⁴ Angesichts der stetig wachsenden Studierendenzahlen einerseits und der Sparprogramme auf Kantons- sowie auch auf Bundesebene andererseits werden die Zahlen für die Jahre 2004 und 2005 kaum eine Umkehr dieser Tendenzen aufzeigen. Mehr noch ist mit dem künftigen Neuen Finanzausgleich zwischen Kantonen und Bund (NFA) mit einem finanziellen Rückzug des Bundes zu rechnen. Nach der Logik des NFA ist zwar vorgesehen, dass die Kantone dieses Einnahmedefizit im Bereich der Ausbildungsbeiträge mit Mitteln, die in anderen kantonalen Bereichen frei werden, kompensieren. Von Seiten der BildungsexpertInnen wird dieser Kompensationsmechanismus jedoch mit Skepsis betrachtet. Sie befürchten, dass die frei werdenden Mittel nicht dem kantonalen Budget für Ausbildungsbeiträge zu gute kommt.

/19

Abbau auf tiefem Niveau: Im internationalen Vergleich wird deutlich, dass der schleichende Rückgang der staatlichen Ausbildungsbeiträge in der Schweiz auf relativ tiefem Niveau passiert. In Grossbritannien beispielsweise wurden 2002 0.26% des BIP für Ausbildungsbeiträge an Studierende ausgegeben, in Holland 0.28% und in Deutschland 0.2%. In der Schweiz sind es rund 0.04% des BIP. (siehe Abb. II auf Seite 18)¹⁵ Bereits 2003 stellte die OECD im «Länderexamen Schweiz» fest, dass der Anteil Schweizer Studierende, die einen Ausbildungsbeitrag erhalten, im europäischen Vergleich gering ist. Die Schweiz könne, so die OECD, nicht als Land gelten, das finanzielle Unterstützung als Mittel zur Überwindung sozialer Ungerechtigkeiten einsetze.¹⁶ Leider hat diese Feststellung nach wie vor ihre Gültigkeit.

Unterschiedliche Bedingungen: Es existieren erhebliche Differenzen zwischen den kantonalen Ausbildungsbeiträgen. 2003 lagen die durchschnittlichen kantonalen Ausbildungsbeiträge¹⁷ zwischen 3'000 und rund 8'000 Franken (jährlich). Die Anteile der StipendienbezügerInnen an der 16-29 jährigen Wohnbevölkerung variierten von Kanton zu Kanton zwischen 1.9% und 14.1%.¹⁸ (siehe Abb. III auf Seite 21) Sowohl die StudierendenvertreterInnen wie auch schweizerische Bildungspolitikern stellen bezüglich der Harmonisierung der kantonalen Ausbildungsbeitragsysteme grosse Erwartungen an das neue Bundesgesetz über Ausbildungsbeiträge, das im Rahmen der Ausführungsgesetzgebungen des NFA vom Parlament verabschiedet werden soll. Laut BildungsexpertInnen sollten eine einheitliche Definition für Stipendien, einheitliche Vergabekriterien und die Festlegung von Minimalleistungen in den Gesetzestext aufgenommen werden. In der Gesetzesvorlage, die der Bundesrat dem Parlament im Herbst 2005 vorgelegt hatte, fehlen jedoch solche Minimalstandards weitgehend. Ob das Parlament an der Vorlage grundlegende Kor-

13 Diese Zahlen betreffen nur die universitäre Tertiärstufe. Die ausseruniversitäre Tertiärstufe (inklusive Fachhochschulen) zeigt aber ein ähnliches Bild: Im Jahre 1994 lag der durchschnittliche Stipendienbetrag bei 7'100 Franken und der StipendienbezügerInnenanteil betrug rund 18%. Im Jahre 2003 waren es noch 13.7% StipendienbezügerInnen und der durchschnittliche Stipendienbetrag entsprach knapp 5'550 Franken. (Quelle: Karin Mühlemann und Erika Moser 2005: Öffentliche Bildungsausgaben).

14 Quelle: Karin Mühlemann und Erika Moser 2005: Öffentliche Bildungsausgaben.

15 Quelle: OECD: Education at a Glance 2005.

16 OECD 2003: Die tertiäre Bildung in der Schweiz. Examen der nationalen Bildungspolitik. S. 140.

17 Diese Zahlen beziehen sich nicht nur auf die universitären Ausbildungsbeiträge sondern auf alle nachobligatorischen Schulstufen.

18 Quelle: Karin Mühlemann und Erika Moser 2005: Öffentliche Bildungsausgaben.

rekturen anbringen wird, ist heute noch offen, muss aber angesichts der Ergebnisse der Beratungen im Erstrat (Ständerat) anlässlich der Frühjahrssession 2006 eher bezweifelt werden. Die finanzpolitischen Vorbehalte scheinen zu gross zu sein, als dass das Parlament sich für solche Harmonisierungskriterien einsetzen würde. Eine andere Möglichkeit, Harmonisierungsgrundsätze auf nationaler Ebene gesetzlich zu verankern, bietet das neue Hochschulrahmengesetz. Mit dem neuen Hochschulrahmengesetz soll ein von Bund und Kantonen gemeinsam getragenes Organ für die Gestaltung und Steuerung der Hochschullandschaft Schweiz geschaffen werden. Diesem Organ könnte auch die Kompetenz übertragen werden, Grundsätze für ein nationales System von Ausbildungsbeiträgen zu formulieren.

Reformträgheit: Das schweizerische Ausbildungsfinanzierungssystem in seiner föderalistischen Form kann nur sehr langsam auf gesellschaftliche Veränderungen und bildungspolitische Entwicklungen reagieren. In Anbetracht der laufenden und künftigen Veränderungen im Hochschulbereich ist es unabdingbar, dass hier ein starker von Bund und Kantonen getragener Akteur geschaffen wird, der das System besser kontrollieren und steuern kann.

/20

Kein offener Bildungszugang: Das geringe Ausmass an Ausbildungsbeiträgen wirkt sich negativ auf einen gerechten Bildungszugang aus. Nach wie vor ist die soziale Herkunft die ausschlaggebende Determinante für den Zugang zum tertiären Bildungssektor. Über ein Drittel (36%) aller Studierenden haben mindestens einen Elternteil mit einem Hochschulabschluss¹⁹, während nur 9% über Eltern ohne nachobligatorischen Abschluss verfügen. Der Anteil der Studierenden mit mindestens einem hochschuldiplomierten Elternteil liegt bei den universitären Hochschulen mit 42% weit höher als bei den Fachhochschulen, wo er nur 23% beträgt.²⁰ (siehe Abb. IV auf Seite 22)

Effizientes Studieren – kaum möglich: Abgesehen vom negativen Einfluss auf einen gerechten Bildungszugang wirkt sich ein geringes Engagement im Bereich der Ausbildungsbeiträge auch auf die Nebenerwerbsquote der Studierenden aus. Heute sind bis zu 77% der Studierenden erwerbstätig. Dieser Anteil variiert nur wenig nach Geschlecht, Hochschule oder Fachbereich. Die Erwerbstätigkeit macht knapp 40% der gesamten Einkünfte aus.²¹

Vier von fünf erwerbstätigen Studierenden gehen auch während des Semesters einer beruflichen Tätigkeit nach. Von diesen arbeitet sogar jede zweite Person regelmässig.²² Eine hohe Nebenerwerbsquote hat durchaus einen Effekt auf die studentischen Leistungen: Übersteigt der Nebenerwerb die 30%-Schwelle so wirkt er sich negativ auf den Studienverlauf und –erfolg aus und kann auch einen Verzicht auf Mobilität bedingen. Diese Schwelle wird vor allem von Studierenden überschritten, die aus finanziellen Gründen auf diesen Nebenerwerb angewiesen sind.²³

Eingeschränkte Studien- und Studienortwahl: Die Möglichkeit der freien Studienwahl und Studienortwahl ist eingeschränkt. Es werden Studienrichtungen und Studienorte bevorzugt, die eine «ortsgebundene» Nebenerwerbstätigkeit und die Elternunterkunft zulassen. Die beschränkte Möglichkeit den Studienort frei zu wählen steht im Widerspruch mit der Bologna-Reform und den Konzentrationsbemühungen auf der Karte der schweizerischen Hochschullandschaft.

19 Die soziale Herkunft wird in den meisten Studien am höchsten Bildungsniveau eines Elternteils der Studierenden gemessen.

20 Quelle: Boegli, Laurence und Martin Teichgräber 2005: Soziale Lage der Studierenden in der Schweiz 2005.

21 ebd.

22 ebd.

23 Lamprecht, Markus und Hanspeter Stamm 1996: Soziale Ungleichheit im Bildungswesen.

Abbildung III: unterschiedliche Bedingungen

Stipendienbezüger/innen und durchschnittliches kantonales Stipendium nach Kanton (nur nachobligatorische Schulstufen), 2003

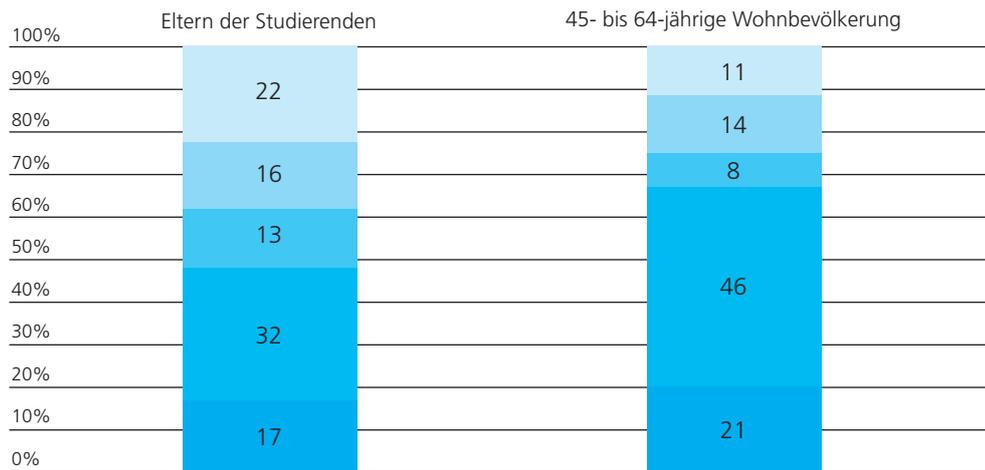
Boursiers et montant moyen d'une bourse selon le canton (degrés postobligatoires seulement), en 2003



Quelle: Karin Mühlemann und Erika Moser 2005: Öffentliche Bildungsausgaben.

Abbildung IV: kein offener Bildungszugang

Bildungsstand der Eltern und der 45- bis 64-jährigen Wohnbevölkerung



Bemerkung: Bildungsstand aller Eltern der Studierenden

/22

- Hochschule, Fachhochschule
- Höhere Berufsbildung
- Sekundarstufe II: Allgemeinbildung
- Sekundarstufe II: Berufsbildung
- Keine nach-obligatorische Ausbildung

Quelle: Boegli, Laurance und Martin Teichgräber 2005: Soziale Lage der Studierenden in der Schweiz 2005.

Herausforderungen

Bologna-Reform: Die Umsetzung der Bologna-Reform bringt straffere Studiengänge und fördert die binnen- und internationale Mobilität. Nebst den vielen Vorteilen, die ein Gastaufenthalt dem Studierenden bringt, erfordert dieser einen finanziellen Mehraufwand und erschwert die Erwerbstätigkeit neben dem Studium. Auch die strafferen Studiengänge verringern die Möglichkeit, das Studium mit einer Erwerbstätigkeit zu kombinieren. Soll sich die Bolognareform nicht negativ auf den Bildungszugang und den Studienverlauf bzw. -erfolg auswirken, so muss das schweizerische Stipendienwesen verbessert werden. Konkret wird von der CRUS eine finanzielle Aufstockung der kantonalen Ausbildungsbeiträge vorgeschlagen.²⁴

Hochschulfinanzierung: Der Ruf nach einer Erhöhung der Studiengebühren wird in aktuellen politischen Diskussionen vermehrt hörbar, da eine gewünschte Qualitätssicherung in der Lehre an den kantonalen Universitäten in naher Zukunft nicht über einen finanziellen Mehraufwand beim Bund oder bei den Kantonen erreicht werden kann und somit von den Studierenden getragen werden soll. Erhöhte Studiengebühren würden das System der Ausbildungsfinanzierung zusätzlich unter Druck setzen, da sie die Zugangschancen für finanziell schlechter gestellte Auszubildende negativ beeinflussen würden.

/23

Eliteförderung: In der Schweiz fehlt es an einem grundlegenden Konzept für die Spitzenförderung auf Bachelor- und auch auf Masterstufe. Ein solches sollte im Hinblick auf die Implementierung der Hochschullandschaft 2008 ausgearbeitet werden. Ein umfassendes Konzept setzt sowohl auf bestehende erfolgreiche Förderprogramme und Förderinstitutionen (beispielsweise private Förderstiftungen) als auch auf neu zu implementierende Instrumente. Insgesamt unterstützen und ergänzen die Förderprogramme die akademisch-wissenschaftliche Ausbildung und zielen darauf ab, Interdisziplinarität, Weltoffenheit und die Vermittlung von Schlüssel- und Zusatzqualifikationen für die spätere Tätigkeit zu stimulieren.

Für die gezielte und effiziente Förderung des akademischen Nachwuchses ist eine gute Datenlage zur *condition estudiantine* eine notwendige Voraussetzung.

4 Datenlage zur *condition estudiantine*

/25

Die OECD stellte im «Länderexamen Schweiz» von 2003 fest, dass in Anbetracht der Neuausrichtung des gesamten tertiären Bildungssektors die qualitativen und quantitativen Anforderungen an die Bereitstellung von Datenmaterial, das als Informationsgrundlage der strategischen Steuerung dienlich sein sollte, gewachsen sind und gewisse Lücken in der aktuellen Informationsbasis zu erkennen sind. Es wird ein verstärkter Ausgleich zwischen grundlegenden statistischen, themenspezifischen Informationen und der Erforschung der Tertiärbildung gefordert; eine Erforschung, welche die Sichtweisen und Motive der beteiligten Akteure, die Ursachen bestehender Probleme und die Auswirkungen der Reformen umfassend berücksichtigt.

Angesichts der Datenlage zur Situation der Studierenden in der Schweiz kann dieses Wissensdefizit folgendermassen umschrieben werden: Die heutige Datenlage zur *condition estudiantine* weist grundsätzliche Informationslücken bezüglich aller Determinanten der Lebenssituation der Studierenden auf:

- / Sozio-ökonomische Faktoren wie beispielsweise Lebenshaltungskosten (in den verschiedenen Universitätsstädten), Wohnsituation, Mobilität, Studienfinanzierung und Studienorganisation sind unbekannt. Angesichts der Priorisierung der sozialen Dimension im Bologna-Prozess, welche die BildungsministerInnen der beteiligten Länder im Frühjahr 2005 in Bergen festgelegt haben, scheint es unabdingbar zu sein, die Datenlage in diesem Bereich zu verbessern.²⁵
- / Ziele, Motivationen und Strategien der heutigen Studierenden haben sich vielfältigt und sind kaum bekannt. Man weiss nicht, wer die Studierenden der schweizerischen Hochschulen sind. Statistische Daten lassen erkennen, dass es neben den Normalstudienverläufen auch eine Vielzahl von abweichenden Studienverläufen gibt. Die Motive und Zielsetzungen, die diesem veränderten Studierendenverhalten zugrunde liegen, bedürfen einer Klärung.

²⁵ Konferenz der für die Hochschulen zuständigen europäischen Ministerinnen und Minister 2005: Der europäische Hochschulraum – die Ziele verwirklichen. Bergen –Kommuniqué.

- / Individuelle Bildungsbiographien: Heute befinden sich Studierende – temporär oder permanent – in vielfältigsten sozialen Lagen, familiären Konstellationen und Kleinkontexten. Systematische Informationen und Analysen zu diesen Situationen fehlen grösstenteils.

Nebst der thematischen Limitierung der Studierendenforschung ist auch eine geographische Einschränkung festzustellen. Studien in diesem Bereich sind meist punktuell und kaum überregional ausgerichtet. Die in der Schweiz von verschiedenen Hochschulen, Fakultäten oder Instituten durchgeführten Studien können nur Aussagen zu einer Teilpopulation machen und geben keinen Überblick über die gesamtschweizerische Situation. Ferner sind sie häufig nicht direkt miteinander vergleichbar, da ihre Konzepte und Definitionen wenig aufeinander abgestimmt sind. Querbezüge und Verweise sind selten. So zeigt sich ein Bild eines wenig etablierten Forschungsbereiches. Zurzeit laufen jedoch Projekte an, die eine geographische und thematische Öffnung des Feldes versprechen. Sowohl auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene:

/26

- / Das BFS führt eine Untersuchung zur sozialen Lage der Studierenden in der Schweiz durch.
- / Das CEST baut seine Kompetenzen im Bereich der Hochschulstudien – mit Schwerpunkt Studierendenforschung – aus.
- / Der Schweiz wird die Möglichkeit geboten, sich an der europäischen, dezentralen und periodischen Erfassung der sozialen Dimension der tertiären Bildung – dem *Eurostudent* – zu beteiligen.

4.1 Nationale Sozialerhebung: Die soziale Lage der Studierenden in der Schweiz

Das laufende Forschungsprojekt des BFS zur sozialen Lage der Studierenden lässt eine Verbesserung der gesamtschweizerischen Datenlage zur sozialen Dimension des Studiums erhoffen. Das auf drei Jahre angelegte Projekt ist im Herbst 2003 angelaufen und wird vom Staatssekretariat für Bildung und Forschung und vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie finanziell getragen. Ziel der Untersuchung ist es, mit einer gesamtschweizerischen Erhebung, basierend auf einem einheitlichen Fragebogen und einer identischen Methodik, für sämtliche Hochschulen eine breitere Datengrundlage zur sozioökonomischen Situation der Studierenden zu schaffen.

Die Ergebnisse sollen zu folgenden Themen Informationen liefern:

- / Studien: Vorbildung der Studierenden, Studienprogramme der Studierenden, Studienplatzwahl;
- / Finanzen: Finanzielle Mittel der Studierenden (Höhe und Herkunft dieser) und die Kosten der Studierenden (nach Art und Höhe aufgeschlüsselt);
- / Stipendien/Darlehen: Arten und Herkunft der Studierendenförderung, Anteil der BezügerInnen von Ausbildungsbeiträgen
- / Erwerbstätigkeit: Beweggründe, Umfang, Auswirkungen der Erwerbstätigkeit auf das studentische Leben, Zusammenhang zwischen Erwerbstätigkeit und Studium;

- / Unterkunft: Wohnform, Merkmale der Unterkunft (Kosten, Entfernung vom Studienort, Grösse, Schwierigkeit, eine Wohnung zu finden usw.);
- / Mobilität: Charakteristika mobiler Studierenden, Organisation der Mobilität, Mobilitätshemmnisse;
- / Soziodemographische Angaben.

Erste Ergebnisse der Untersuchung wurden im Januar 2006 veröffentlicht. Die Publikation behandelt Themen wie die soziale Zusammensetzung, studentische Erwerbstätigkeit, Studienfinanzierung und -förderung. Ein umfangreicher Hauptbericht wird in der zweiten Hälfte des Jahres 2006 erscheinen. Zusätzlich ist bis zum Frühjahr 2006 auf Basis der Ergebnisse des BFS-Projektes die Entwicklung dreier Indikatoren für das Indikatorensystem der Schweizer Hochschulen vorgesehen – namentlich: Soziale Zusammensetzung, studentische Erwerbstätigkeit und Hochschulfinanzierung. Das gesamte Hochschulindikatorensystem sieht 25 Indikatoren vor. Ein Grossteil der Daten sind dem BFS bereits durch das SHIS zugänglich. Dies gilt nicht für die drei genannten Indikatoren. Die Daten der BFS-Studie zur sozialen Lage der Studierenden in der Schweiz sind für deren Bereitstellung notwendig.

/27

4.2 CEST: Grundlagen für ausgewählte Hochschulthemen

Das dem SWTR angegliederte Zentrum für Wissenschafts- und Technologiestudien CEST beschafft und überprüft die Grundlagen für eine gesamtschweizerische Forschungs-, Hochschul- und Technologiepolitik. Ein sich im Aufbau befindender Arbeitsschwerpunkt des CEST sind Grundlagenstudien zu ausgewählten Hochschulthemen. Laufende CEST-Projekte in diesem Bereich sind insbesondere auf Studierende und Doktorierende ausgerichtet. Adressaten dieser Studien sind akademische wie auch hochschulpolitische Akteure. Die Studien sollen ihnen analytische Grundlagen für die Entwicklung von Instrumenten und Strategien für die Nachwuchsförderung und Studierendenpolitik bieten:

Projekt «Fächerwahl der Studierenden – Motivation und Orientierung»

Über ein Mandat des SWTR führt das CEST eine Studie zur Fächerwahl angehender Studierender durch. Im Zentrum der Studie stehen Fragen zur Motivation und Orientierung, welche diesen Entscheidungsprozess mitbestimmen:

- / Aus welchen Motiven werden welche Studienfächer durch welche Gymnasialistinnen und Gymnasialisten gewählt? Welche Faktoren erklären den Entscheid und welche Wirkungszusammenhänge bestehen zwischen den Faktoren?
- / Welche Phasen gliedern den Prozess der Entscheidungsfindung? Wann und aufgrund welcher Faktoren konkretisiert sich die Wahl?
- / Wie wird die Studienfachwahl retrospektiv beurteilt?
- / Welches sind die Erfahrungen und die Motive von Personen, welche das Studienfach gewechselt haben?
- / Durch wen, wann, in welcher Form, wo und mit welchen Inhalten wird Orientierung vermittelt?

/ Inwiefern erlaubt Orientierung überhaupt eine entscheidende Einflussnahme auf die Studienfachwahl?

Die Studie soll Anregungen zur Verbesserung der Orientierung angehender Studierender liefern. Es wird anwendungsorientiertes Wissen zu den Befindlichkeiten bei der Fächerwahl sowie zu den Wirkungsweisen von Orientierung vor dem Hintergrund der Einstellungen und Erwartungen junger Menschen gewonnen.

Die Datenerhebung basiert auf einer Literaturrecherche, Gesprächsrunden mit Hochschulforschenden und mit Studien- bzw. BerufsberaterInnen, sowie auf Interviews mit angehenden Studierenden.

Erste Resultate werden 2007 vorliegen.

Projekt «Doktorierende in der Schweiz. Soziales Portrait und akademische Identität»

Im Auftrag des SWTR führt das CEST eine explorative Untersuchung zur Situation der Doktorierenden in der Schweiz durch.

Im Fokus der Studie stehen verschiedene Aspekte des Doktorats wie auch der Situation der Doktorierenden:

/28

/ Situation der Doktorierenden

/ Wahrnehmung des Doktorats durch Doktorierende

/ Identifikation nicht-institutioneller Faktoren

/ Doktoratsreformen (Bologna etc.) – beurteilt von Doktorierenden

Die Studie liefert eine individuelle Perspektive der Doktorierenden. Gleichzeitig soll sie sozio-ökonomische Portraits sowie Informationen zur Motivation, thematischen Orientierung und Karriereperspektiven von Doktorierenden in der Schweiz liefern.

Die Daten werden anhand von Sekundäranalysen statistischer Daten, der Auswertung internationaler Literatur wie auch qualitativen Interviews mit (angehenden) Doktorierenden und deren BetreuerInnen generiert.

Erste Ergebnisse sollen im Februar 2007 vorliegen.

4.3 Internationales Forschungsprojekt: *Eurostudent*

Im Rahmen der deutschen EU-Präsidentschaft (1999) haben die GeneraldirektorInnen für das Hochschulwesen unter dem Namen *Eurostudent* ein Projekt für die dezentrale Erfassung der sozialen Dimension der tertiären Bildung im europäischen Raum beschlossen. Die Europäische Kommission legt Wert darauf, dass sich möglichst viele europäische Länder an der Initiative beteiligen; am zweiten *Eurostudent*-Report beteiligten sich elf Mitgliedsländer²⁶. Mit dem im Frühjahr 2005 publizierten Bericht²⁷ werden Bemühungen unterstützt, die soziale Dimension bei der Gestaltung des europäischen Bildungsraumes stärker zu berücksichtigen. Dabei werden soziale und ökonomische Grunddaten aus unterschiedlichen studentischen Lebensbereichen erfasst.

Eurostudent verfolgt nicht das Ziel einer zentralen und einheitlichen Erhebung. Stattdessen wird bei jeder neuen Erhebung die Einigung auf eine Konvention angestrebt, die einen Datenkernbereich sowie Richtlinien zur Auswertung und Darstel-

26 Namentlich: Deutschland, Finnland, Frankreich, Grossbritannien (England und Wales), Irland, Italien, Lettland, Niederlande, Portugal, Österreich und Spanien.

27 Eurostudent Report 2005. Social and Economic Conditions of Student Life in Europe.

lung festlegt. Dies lässt den beteiligten Ländern die Möglichkeit offen, den nationalen bzw. regionalen Eigenheiten des Bildungssystems Rechnung zu tragen.

Bis anhin hat sich die Schweiz nicht am *Eurostudent*-Projekt beteiligt. Sie besitzt aber einen Beobachterstatus und pflegt Kontakte zu der Koordinationsgruppe der beteiligten Länder und zum deutschen Hochschul-Informationssystem (HIS), welches das ganze Projekt leitet. Der Kontakt mit dem HIS läuft über das Projektteam der BFS-Studie zur sozialen Lage der Studierenden in der Schweiz. Im Hinblick auf eine zukünftige Anbindung ist dieser Kontakt von grösster Nützlichkeit. So konnte bereits die laufende Studie zur sozialen Lage der Studierenden in der Schweiz an den Konventionen des *Eurostudents* ausgerichtet werden, was der Schweiz die Möglichkeit offen lässt, beim nächsten *Eurostudent* mitzuwirken. Das Projektteam der BFS-Studie bekam bereits eine inoffizielle Zusage für die Teilnahme am nächsten Eurostudent 2006/2007 auf Basis der Daten der laufenden Studie (Datenerhebung Mai 2005). Der Schweiz wäre es aber erst beim übernächsten *Eurostudent* in den Jahren 2009/2010 möglich, von Beginn an bei der Vorbereitung und der Durchführung des Projektes beteiligt zu sein.



Bibliographie

- Babel, Jacques 2004: Bildungsmonitoring Schweiz. Studierende und Hochschulabsolventen: Prognosen 2004 – 2013. Neuchâtel: BFS.
- BFS 2005: Hochschulindikatoren. <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/bildung_und_wissenschaft/indicateurs/he/introduction.html>
- Bologna Follow-up Seminar 2003: «Exploring the Social Dimensions of the European Higher Education Area». General Report, Conclusion. <<http://www.bologna-berlin2003.de/pdf/Conclusions2.pdf>>
- Boegli, Laurence und Martin Teichgräber 2005: Soziale Lage der Studierenden in der Schweiz 2005. Neuchâtel: BFS.
- CIBE 2003: Situation cantonale du financement des études 2002.
- CRUS 2004: Bologna-Empfehlungen der CRUS. (16. Juni 2004). <<http://www.crus.ch/docs/lehre/bologna/schweiz/Empfehlungen/Empf.pdf>>
- Diem, Markus 1997: Soziale Lage der Studierenden. Eine Repräsentativuntersuchung bei Studentinnen und Studenten der Schweizer Hochschulen 1995. Bern: BFS.
- Diem, Markus und Ursula Streckeisen 1996: Akademische Mobilität aus der Sicht der Studierenden. Begleitforschung aus der Sicht der Mobilität. Bern: BFS.
- Dubach, Philipp 2004: Mobilité des étudiants dans les hautes écoles universitaires. Indicateurs des hautes écoles. Dossier. Neuchâtel: OFS.
- EDK 1997: Stipendienpolitik in der Schweiz. Die Bedeutung der Stipendien für unser Land. Sind Stipendien durch Darlehen zu ersetzen? Bern: EDK.
- Eidgenössisches Finanzdepartement und Konferenz der Kantonsregierungen 2004: Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA). Vernehmlassungsergebnisse zur Ausführungsgesetzgebung. <http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/documents/1180/Ergebnisse_d_f_i.pdf>
- Europäische Kommission 2001: Einen europäischen Raum des lebenslangen Lernens schaffen. Brüssel.
- Franzen, Alex und Anna Hecken 2002: Erwerbspartizipation und der Einstieg in den Arbeitsmarkt. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (Jg. 54, Heft 4): 733-752.
- Kefala, Stella 2005: Fees and student support in Europe (Preliminary Draft). EUA. <http://www.eua.be/eua/jsp/en/upload/Report_fees_students_020206.1138871125397.pdf>

Kiener Urs, 1995: Sozialerhebungen bei Studierenden. Eine Studie zum Forschungsstand in der Schweiz im Vergleich zum europäischen Ausland. Bern: SWR.

Konferenz der für die Hochschulen zuständigen europäischen Ministerinnen und Minister 2005: Der europäische Hochschulraum – die Ziele verwirklichen. Bergen –Kommuniqué. <http://www.bmbf.de/pub/bergen_kommunique_dt.pdf>

Lamprecht, Markus und Hanspeter Stamm 1996: Soziale Ungleichheit im Bildungswesen. Bern: BFS.

Meyer, Andrea und Jacques Babel 2000: « Combien d'étudiants en 2003 et 2010? », nouvelles prévision de l'Office fédéral de la statistique. Neuchâtel: BFS.

Michel Christine 1996: Neue Vorschläge zur Hochschulfinanzierung: Umverteilung zu Lasten der Studierenden oder wo bleibt die Stipendienpolitik?. Arbeitsdokument. Bern: SWR.

/32

Mühlemann, Karin und Erika Moser 2005: Öffentliche Bildungsausgaben 2003. Neuchâtel: BFS.

Nordmann, Roger 2001: Pour un modèle national de soutien aux études: analyse et propositions. Rapport établi à l'intention du Groupement de la science et de la recherche.

OECD 2005: Education at a Glance 2005. Paris.

OECD 2003: Die tertiäre Bildung in der Schweiz. Examen der nationalen Bildungspolitik. Paris.

Pechar, Hans und Christian Keber 1996: «Abschied vom Nulltarif – Argumente für Sozialverträgliche Studiengebühren». Wien: Passagen Verlag.

Petroff-Bartholdi, Claire und Henning Atzamba 2003: Etudiants 2001- Une étude de l'Université de Genève. Genf.

Schnitzer Klaus und Elke Middendorff 2005. Eurostudent Report 2005. Social and Economic Conditions of Student Life in Europe. Hannover: HIS.

Schnitzer, Klaus 2003: Die soziale Dimension im europäischen Hochschulraum. Hannover: HIS.

Schweizerischer Bundesrat 2002: Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Technologie in den Jahren 2004–2007 vom 29. November 2002. < <http://www.admin.ch/ch/d/ff/2003/2363.pdf>>

Schweizerische Bundeskanzlei (Hrsg.) 2005: Ziele des Bundesrates im Jahr 2006. <http://www.admin.ch/ch/d/cf/rg/2006/ziele_d.pdf>

- Spycher, Stefan und Bibiane Saly 2001: Erfolgskontrolle des Staatbeitrags «Ausbildungsbeiträge, Stipendien, Darlehen», Zusammenfassung des definitiven Schlussberichts. Bern: BASS (im Auftrag der Erziehungsdirektion Bern).
- Stassen, Jean-François et al. 2005: Etudiants 2004 – Une étude de l'Université de Genève. Genf.
- Straubhaar, Thomas und Manfred Winz 1992: Reform des Bildungswesen: Kontroverse Aspekte aus ökonomischer Sicht. Bern: Haupt.
- SUB 2003: Stellungnahmen zur Totalrevision des Gesetzes über Ausbildungsbeiträge. Bern. <http://www.sub.unibe.ch/sub/content/e6278/e13558/e11720/e12008/Stellungnahme_der_SUB_Totalrevision_des_UniG.pdf>
- SWTR 2001: Förderung des akademischen Nachwuchses an Schweizer Hochschulen. Bern: SWTR Schrift 1/2001.
- Teichgräber, Martin 2003: Einflussgrössen auf die Studienzeiten an den universitären Hochschulen. Dossier Hochschulindikatoren. Neuchâtel: BFS.
- Teichgräber, Martin et al. 2003: Indikatorensystem der Schweizer Hochschulen. Bericht und Empfehlungen der SUK-Arbeitsgruppe Indikatorensystem. Neuchâtel: BFS.
- Von Matt, Hans-Kaspar, Werner Wicki und Stephan Hördegen 1999: Stipendienreport 1999. Vergleiche, Analysen, Tendenzen. Bern: BBW.
- VSH 2006: Die soziale Lage der Studierenden verschlechtert sich. Positionspapier. <http://www.aes-vsh.ch/d/files/VSH_170106_PP_Situationsociale05_DE.pdf>
- VSH und VSS 2005: Für die Chancengleichheit. Für ein nationales Stipendien-system. Stellungnahme. <http://www.aes-vsh.ch/d/files/VSH_050824_PP+AES+UNES+bourses+nationales_DE.pdf>
- VSS 2005: Für harmonisierte Stipendien. Bern. <http://www.vss-unes.ch/issues/2005/2005-04-06-d-projekt_stipendien.pdf>
- VSS 2002: Nein zu Darlehen. Positionspapier des VSS. Bern. <<http://www.vss-unes.ch/policy/darlehen.rtf>>
- VSS 2001: Argumentarium des VSS für statistische Untersuchungen über die soziale Lage der Studierenden. Bern. <<http://www.vss-unes.ch/issues/2001/2001-03-28-d-sozialstudien.pdf>>
- WBK 2005: Parlamentarische Initiative. Bildungsrahmenartikel in der Bundesverfassung. Bericht der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats vom 23. Juni 2005. <<http://www.pd.admin.ch/ed-pa-wbk-bildungsrahmenartikel-bericht-2005-06-23.pdf>>

Abkürzungen

BA	Bachelor
BBT	Bundesamt für Berufsbildung und Technologie
BBW	Bundesamt für Bildung und Wissenschaft
BFS	Bundesamt für Statistik
BFT	Bildung, Forschung, Technologie
CEST	Zentrum für Wissenschafts- und Technologiestudien
CIBE	Commission Intercantonale des Bourses d'Etude
CRUS	Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten
CUS	Schweizerische Universitätskonferenz
EDK	Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
FH	Fachhochschulen
GWF	Gruppe für Wissenschaft und Forschung
HIS	Hochschul-Informationssystem (Deutschland)
HRG	Hochschulrahmengesetz
KFH	Konferenz der Fachhochschulen der Schweiz
KTI	Kommission für Technologie und Innovation
IKSK	Interkantonale Stipendienkommission
MA	Master
NFA	Neuer Finanzausgleich
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
SAKE	Schweizerische Arbeitskräfteerhebung
SBF	Staatssekretariat für Bildung und Forschung
SHIS	Schweizerisches Hochschulinformationssystem
SNF	Schweizerischer Nationalfonds
SWR	Schweizerischer Wissenschaftsrat
SWTR	Schweizerischer Wissenschafts- und Technologierat
UH	Universitäre Hochschule(n)
VSH	Verband der Schweizerischen Hochschulstudierendenschaften
VSS	Verband der Schweizer Studierendenschaften
WBK	Parlamentarische Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur



Schweizerischer Wissenschafts- und Technologierat

137

Der Schweizerische Wissenschafts- und Technologierat SWTR ist das Konsultativorgan des Bundesrates in allen Fragen der Wissenschaftspolitik. Als Sprachrohr der Wissenschaft erarbeitet der SWTR Grundlagen und Empfehlungen für eine zukunftsweisende und kohärente Politik für die Bereiche Bildung, Forschung und Innovation.

In Zusammenarbeit mit den zwei angegliederten Studienzentren CEST und TA-SWISS erarbeitet und überprüft der SWTR die Grundlagen für eine gesamtschweizerische Wissenschaftspolitik.

Conseil Suisse de la Science et de la Technologie

Le Conseil Suisse de la Science et de la Technologie (CSST) est l'organe consultatif du Conseil fédéral sur toutes les questions touchant à la politique de la science. Porte-voix de la science, il prépare des analyses de fond et des recommandations visant à rendre cohérente et porteuse la politique adoptée en matière de formation, de recherche et d'innovation.

Avec ses deux centres associés, le CEST et TA-SWISS, il prépare et examine les bases de la politique nationale de la science.

Swiss Science and Technology Council

The Swiss Science and Technology Council, SSTC, is the advisory body of the Federal Council, or government, in all matters relating to science policy. As a spokesman for the scientific community, the SSTC formulates general concepts and makes recommendations for a coherent and forward-looking policy in the fields of education, research and innovation.

Working with the two associated study centres, CEST and TA-SWISS, the SSTC develops and reviews the fundamentals for an over-all Swiss science policy.

Impressum

Edition

SWTR

Inselgasse 1

3003 Bern

Schweiz

Tel. 041 31 3230048

Fax 041 31 3239547

swtr@swtr.admin.ch

www.swtr.ch

ISBN

ISBN-10: 3-9523143-4-X

ISBN-13: 978-3-9523143-4-0

